

Buchbesprechungen

Schultze-Kimmle, Horst-Dieter: Japans Banken — Das Kreditwesen eines Industriegiganten. Hrsg. v. Institut für Bank- und Kreditwirtschaft der Bayer. Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Prof. W. Vollrodt und Prof. H. Rucht. Physica-Verlag, Würzburg 1968. 339 S. DM 20,—.

Die Arbeit bietet einen zuverlässigen Überblick über den gegenwärtigen Stand des japanischen Bankwesens und einen bis zur Gegenwart reichenden Aufschluß über seine Entwicklung, abgeleitet aus der wirtschaftlichen Entwicklung Japans samt seinen politischen Krisen und Rückschlägen und den Entwicklungsstörungen der Kreditwirtschaft, wie sie noch zuletzt in der Bankreform von 1968 und der Börsenreform vom gleichen Jahr (S. 310 f.) ihren Niederschlag gefunden haben. Die Wirtschaftsplanung nimmt einen breiten Raum ein, ohne jedoch der Entwicklung hinderlich zu sein. Der Staat übt auf die Bankwirtschaft durch eine ständige Gesetzgebung schon seit Jahrzehnten wie auch in jüngster Zeit einen starken Einfluß aus, zeigt aber gegenüber den privatwirtschaftlichen Initiativen eine kluge Zurückhaltung. Soweit ausländische Vorbilder bei der Gestaltung des Bankwesens eine Rolle spielen, stehen amerikanische durchaus im Vordergrund; europäische, auch englische, die für die internationale Bankentwicklung einmal so viel bedeutet haben, treten dagegen zurück.

In Japan wie in Europa war die Zeit zwischen dem 1. Weltkrieg und den Nachkriegsjahren (1914—1950) eine Periode kriegerischer Verwicklung, schwieriger Umstellungen, im ganzen gekennzeichnet durch starke Bevölkerungszunahme, überproportionales Wachstum der Großstädte und die unausweichliche Industrialisierung, folglich alles andere als „eine Periode der Stagnation“, wie sie H. Groß in seinen Schriften und Vorträgen bezeichnet.

Die Arbeit hat den großen Vorzug, in den Hauptabschnitten klar gegliedert zu sein. Der Leser wird unaufdringlich in die wichtigsten Sachgebiete des Zahlungs-, Kredit- und Kapitalverkehrs eingeführt, wobei sich eindrucksvoll erweist, daß diese in der jüngsten Bankliteratur in Frage gestellte Unterscheidung nach wie vor brauchbar, sogar unentbehrlich ist. Auch die Unterscheidung in Aktiv- und Passivgeschäfte, der der Verf. folgt, erweist sich noch immer als zweckmäßig.

Der Zug zum Großunternehmen in Industrie, Handel und Verkehr findet auch im Bankwesen seinen Ausdruck, ohne daß jedoch die 13 Großbanken (S. 115 f.) miteinander oder gegenüber den übrigen Kreditinstituten eine Monopolisierung erreichen könnten. Dafür sorgen die weitblickenden Maßnahmen des Staates auf dem Gebiet der Kreditwirtschaft, die in verschiedenen Formen der Kreditgarantiegemeinschaften, der Kreditversicherung und der Kapitalbeteiligungsgesellschaften für Kleinbetriebe dem gewerblichen Mittelstand wirksame Kredithilfen bieten (S. 181 f.).

Für den europäischen Beobachter ergeben sich viele interessante Parallelen nicht nur bei den Großbanken, Handelsbanken, sondern auch im Sparkassen-, Genossenschaftswesen, in der organisierten Kapitalanlage durch Investment Trusts. Daneben gibt es solche nationalen Besonderheiten wie die Konglomerate von Großbanken und Großunternehmen, etwa die Fuji-Bank (S. 88 f.).

Die statistischen Übersichten reichen bis zum letzten Jahr vor der Drucklegung und widerlegen die mir kürzlich bei einer Rezension entgegengehaltene (völlig unhaltbare) Ansicht, als ob es unvermeidbar sei, daß Statistiken bei Drucklegung schon 6—8 Jahre zurückliegen. Auch sonst hebt sich die vorliegende Arbeit wohltuend von volkswirtschaftlichen Veröffentlichungen auf bankwirtschaftlichem Gebiet ab, die erprobte Unterscheidungen und Definitionen verwerfen, dafür unklare Bezeichnungen wählen und auf diese Weise mehr Verwirrung stiften als sie Klärung bringen. Die geschichtlichen Details, die die Arbeit vermittelt, sind nicht überladen, die grundsätzlichen Erörterungen verraten eine solide Sachkenntnis, die aktuellen Probleme der Staatsaufsicht, Währungskontrolle, Liquiditätsvorsorge sind systematisch gut eingearbeitet. Auch die Tendenz zum Massengeschäft (S. 102 f.), zur Bankkonzentration und Ausdehnung des Filialnetzes bei zunehmendem Wachstum des Industriekredits, zugleich auch des Konsumentenkredits unter Anwendung neuer Formen wie der Kreditkarten (S. 104) und die Tätigkeit der Bankenverbände (S. 111 f.) ist zutreffend erfaßt. Im letzten Teil hätte man der Darstellung des Geld- und Kapitalmarktes (S. 260 f.) etwas mehr Ausführlichkeit, gerade im Vergleich zu den europäischen und US-amerikanischen Problemen gewünscht.

Während andere bankwirtschaftliche Schriftenreihen nicht eben florieren und in der Bankpraxis nicht das erwünschte Interesse finden, kann man der hier eingeleiteten Schriftenreihe eine gute Prognose stellen, wenn die folgenden Bände das hier eingenommene beachtliche Niveau zu halten vermögen.

Prof. Dr. Hanns Linhardt

Das Kreditwesen in Österreich. Festschrift für Hans Krasensky. Herausgegeben von der Österreichischen Bankwissenschaftlichen Gesellschaft, Wien 1968, 524 S., DM 61,30 brosch.

Die Festschrift behandelt zwei große Problemkreise, einen bankwissenschaftlichen sowie einen bankpolitischen. Sie kann als gelungener Versuch einer umfassenden Darstellung der Entwicklung, des derzeitigen Standes, der reformerischen Bemühungen sowie der Forschung auf dem Gebiet des österreichischen Kreditwesens bezeichnet werden.

Die Vielzahl der in dem Buch enthaltenen Beiträge macht es unmöglich, jeden einzelnen zu würdigen. Die Besprechung beschränkt sich daher auf eine Auswahl von Beiträgen.

E. Loitslberger, Die optimale Liquidität als spieltheoretisches Problem

Loitslberger wendet sich der Frage der Planung optimaler Liquiditätshaltung im Unternehmen unter spieltheoretischem Aspekt zu. Ausgehend von dem möglichen Widerspruch zwischen Rentabilitäts- bzw. Gewinnmaximierung und Liquidität im Zielkatalog der Unternehmung, wird zunächst die Behandlung des Problems in der Literatur dargestellt. Sie führt hinsichtlich der Liquidität zu drei Problemkreisen: (1) das Wesen der Liquidität, (2) ihr Verhältnis zu den übrigen

Zielfunktionen der Unternehmung sowie (3) die Technik der Berechnung der Liquidität.

Die Frage nach dem Wesen ist nach Loitlsberger übereinstimmend dahingehend geklärt worden, daß Liquidität die Fähigkeit zur Befriedigung fälliger und abgerufener Zahlungsverpflichtungen bedeutet.

Hinsichtlich des zweiten Problemkreises lassen sich in der Literatur drei Richtungen erkennen. Die erste berücksichtigt die Liquidität als Nebenbedingung der Zielfunktion Gewinnmaximierung. Diese Lösung des Liquiditätsproblems muß jedoch als zu einfach verworfen werden, da eine Nebenbedingung lediglich verlangt, eingehalten zu werden. Das Problem, eine „optimale“ Liquidität zu ermitteln, wird durch diesen Ansatz nicht gelöst. Die zweite Richtung sieht die Liquidität gleichfalls als gewinnmindernden Faktor. Sie bezeichnet diejenige Zahlungsmittelmenge als die „optimale“ Liquidität, bei der die gewinnmindernden Wirkungen ein Minimum betragen. Dieser Ansatz wird jedoch von Loitlsberger insofern als unvollkommen bezeichnet, als er die dem Liquiditätsproblem inhärente Unsicherheit unberücksichtigt läßt. Schließlich wird im Gegensatz zur vorangehenden Ansicht die Liquidität als gewinnfördernder Faktor im Hinblick auf die Möglichkeit der Ausnutzung von Marktchancen angesehen. Zwar enthält dieser Ansatz den Faktor Unsicherheit, demgegenüber wird den Risiken sowie der Überbrückungsaufgabe zu geringes Gewicht beigemessen.

Die Technik der Berechnung besteht darin, aus Abweichungen der Vergangenheit Durchschnitte für die Liquiditätsplanung zu ermitteln. Neuere Ansätze enthalten Methoden der Wahrscheinlichkeitstheorie, deren praktische Verwendung jedoch häufig an mangelnden Informationen scheitert.

Loitlsberger geht in seinem Ansatz davon aus, daß der derivative Charakter von Zahlungsforderungen bzw. -verpflichtungen — ihre Abhängigkeit von vorher getroffenen Vereinbarungen, den Zahlungskonditionen — bisher nicht und das Problem der Unsicherheit nur ungenügend berücksichtigt wurde. Ebenso wenig fand die Notenbankpolitik, als Kriterium optimaler Liquiditätsplanung, Eingang in die Analyse. Das Liquiditätsproblem wird daher zunächst als Problem der optimalen Konditionen sowie der Unsicherheit betrachtet. In getrennter Analyse werden die Konditionen sowie die Unsicherheit untersucht, im Anschluß jedoch mit Hilfe der Methoden der Theorie der Spiele simultan optimiert.

Geht man davon aus, daß ein Unternehmen sowohl in der Lage ist, die Zahlungskonditionen für seine Abnehmer festzulegen, als auch, zumindest insoweit es entscheiden kann, in welcher Weise die Konditionen genutzt werden, die seiner Lieferanten, liegt die Situation eines Einpersonenspiels vor. Die Konditionen sind nun aber eine Determinante des Umsatzes und damit des Gewinns des Unternehmens. Loitlsberger weist darauf hin, daß die Annahme kontinuierlicher Umsatzänderungen bei der Betrachtung des Zusammenhanges zwischen Umsatz und Gewinn unrealistisch ist. Die Konditionen sind Aktionsparameter des Unternehmens; es können durch deren Veränderung neue Käuferschichten gewonnen werden, so daß sich der Zusammenhang von Umsatz und Gewinn als diskontinuierlicher Natur erweist, da es zu Umsatzsprüngen kommt. Daraus ist zu folgern, daß die Konditionen Strategien des Unternehmens darstellen, die zur Erzielung alternativer Umsätze und damit Gewinne eingesetzt werden können.

Zahlungsmittelbestand und Gewinn des Unternehmens sind andererseits davon abhängig, wie das Unternehmen die von seinen Lieferanten gewährten Konditionen nutzt. Die Verhaltensweise des Unternehmens gegenüber seinen Lieferanten wird als Zahlungsgewohnheit bezeichnet.

Die Differenz zwischen den verschiedenen gewährten Konditionen und Zahlungsgewohnheiten wird als „Finanzgewinn“ bezeichnet. Da im wesentlichen die Gewinne des Unternehmens über die Konditionen durch den Umsatz bestimmt werden, ergibt sich der Gesamtgewinn als Summe von Umsatzgewinn und Finanzgewinn. (Beide Größen können negativ werden.) Dieser Sachverhalt kann in einem Schema von Zeilen und Spalten (Matrix) dargestellt werden. Darin ist den Kombinationen aller gewährten Konditionen und Zahlungsgewohnheiten der jeweilige Gesamtgewinn zugeordnet. Macht man die unrealistische Annahme sicherer Erwartungen, wäre die Kombination maximalen Gewinns und der dazugehörige Zahlungsmittelbestand die Lösung.

Die Realität ist jedoch durch doppelte Unsicherheit — hinsichtlich der gewählten Konditionen bezüglich des Umsatzes sowie der Ausnutzung der Konditionen bezüglich der Zahlungen — gekennzeichnet. Es ist realistisch anzunehmen, daß Kunden die für sie vorteilhaften Konditionen ausnutzen werden. Dies ist jedoch eine Frage der Verfügbarkeit von Zahlungsmitteln bzw. deren Beschaffung. Das hiermit verbundene Refinanzierungsproblem ist letztlich abhängig von der Geldpolitik der Notenbank. Eine expansive Notenbankpolitik erleichtert eine Kreditaufnahme und damit die Realisierung von Finanzgewinn und vice versa. Darüber hinaus wirkt die Politik der Notenbank ebenso auf die Fähigkeit der Kunden, Käufe vorzunehmen, und damit auf die Umsätze der Unternehmen ein.

Damit wird das Problem der optimalen Liquidität der Unternehmen zu einem Spiel gegen die Notenbank. Sie verfügt über drei Grundstrategien, nämlich expansive, kontraktive oder überhaupt keine Maßnahmen zu treffen. Durch die unterschiedliche Wirkung der einzelnen Instrumente erhöht sich die Zahl der Strategien der Notenbank. Da das einzelne Unternehmen keinen Einfluß auf die Notenbankpolitik hat, ist die Situation des Zweipersonenspiels gegeben. Auch sie kann in Form einer Matrix (Liquiditätsmatrix) dargestellt werden, wobei in den Zeilen die Strategien der Unternehmung, in den Spalten die im Betrachtungszeitraum möglichen Strategien der Notenbank einzutragen sind.

Dabei ist nun zu prüfen, ob durch eine Änderung der Notenbankpolitik das oben ermittelte optimale Verhältnis zwischen gewährten Konditionen und Zahlungsgewohnheiten einer Änderung unterliegt. In die Zeilen des Matrix-Schemas (Liquiditätsmatrix) werden daher die aus der obigen Konditionsmatrix ermittelten Gewinne eingetragen. Die verschiedenen Strategien der Notenbank stehen in den Spalten. Jeder Kombination von Unternehmensstrategie und Notenbankstrategie ist dann ein bestimmter Gewinn zugeordnet. Das Feld der Matrix zeigt, wie sich die Gewinne ändern, wenn die Notenbank verschiedene Strategien verfolgt.

Nunmehr ist diejenige Kombination aus Konditionen und Zahlungsgewohnheiten auszuwählen, die hinsichtlich der Strategien der Notenbank optimal ist. Hierbei ist vorher zu prüfen, ob ein bestimmtes oder unbestimmtes Spiel vorliegt. Da sich bei letzterem jedoch die Anwendung eines sogenannten gemischten

Spiels empfiehlt, das die Wahrscheinlichkeit der Zahlungsunfähigkeit zulässt, schlägt Loitlsberger die Anwendung des von Koch entwickelten Prinzips der Wohlstandsgewißheit vor. Das Auswahlproblem kompliziert sich, wenn es keine Unternehmensstrategien gibt, die bei allen Notenbankstrategien nur positive Ergebnisse haben. In einem Anhang wird der Rechengang zur Bestimmung der optimalen Kombination von Kondition und Zahlungsgewohnheiten bei alternativen Notenbankstrategien dargestellt.

E. Priewasser, Gedanken zu einem Marktforschungskonzept für Kreditinstitute

Ausgangspunkt der Untersuchung ist eine Definition der Marktforschung: „Die Ermittlung und Erforschung aller jener marktbedingten Umwelteinflüsse, die direkte oder indirekte Auswirkungen auf die Durchsetzbarkeit der Zielfunktion(en) der Unternehmung haben“, wobei periodisch zu wiederholende Marktanalysen sowie eine permanent durchzuführende Marktbeobachtung in den Begriff eingeschlossen werden. Interessent ist dabei eine Kreditinstitutsgruppe, die sowohl ihren „Beschaffungs“- als auch ihren „Absatzmarkt“ untersucht.

Priewasser wendet sich im einzelnen der Untersuchung der Bereiche zu, in denen die Marktforschung der Kreditinstitute ansetzen sollte.

1. Die Erforschung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung erlangt im Hinblick auf die Durchsetzbarkeit der Zielfunktion(en) für das geschäftspolitische Verhalten erhebliche Bedeutung. Die hierzu gesammelten Daten, wie die auf ihnen basierenden Prognosen von Institutionen außerhalb der Kreditinstitutsgruppe, bilden eine wertvolle Grundlage für die Einschätzung der zukünftigen geschäftlichen Entwicklung.

2. Die Erforschung der Entwicklungstendenzen im Bankwesen: Hier sind die Möglichkeiten der Erweiterung des Angebots der Leistungen zu untersuchen. Priewasser deutet im Bereich der Beschaffung insbesondere auf die Entwicklung neuer Sparformen hin, während im Absatzbereich neue Kreditformen, die Lohnverrechnung bei bargeldloser Einkommensvergütung sowie eine erweiterte Rationalisierung des Zahlungsverkehrs in die Bedarfsforschung einzubeziehen sind. Der Katalog ließe sich um alle die Möglichkeiten ergänzen, die sich durch die Ausnutzung freier Kapazitäten auf Datenverarbeitungsanlagen im Bereich der Institutsgruppe für Dienstleistungen an das Publikum ergeben.

3. Der sogenannten „Image“-forschung, d. h. der Untersuchung der Vorstellungen und Empfindungen des Publikums bezüglich der betreffenden Institutsgruppe ist ein weiterer Bereich der Marktforschung gewidmet. Es gilt, durch tiefenpsychologische Untersuchungen seitens des Kreditinstituts Zugang zu den Motiven effektiver und potentieller Kunden bei der Inanspruchnahme von Bankleistungen zu gewinnen. Ein Vergleich der tatsächlichen Einschätzung des Kreditinstituts durch das Publikum mit seinen Idealvorstellungen liefert Hinweise für die Öffentlichkeitsarbeit.

4. Ferner ist das Verhalten der Konkurrenz zu analysieren, wobei die Ergebnisse der Bedarfs- und „Image“-forschung zu berücksichtigen sind.

5. Breiten Raum widmet Priewasser den Erfordernissen der Erforschung des Beschaffungsmarktes. Hierbei werden im Bereich der kurzfristigen Einlagen die Voraussetzungen der Gewinnung weiterer Inhaber von kommerziellen sowie Privatkonten einer eingehenden Analyse unterzogen. Im Bereich langfristiger

Einlagen konzentriert sich die Untersuchung auf die Ermittlung von Einflußfaktoren der Sparentscheidungen der Haushalte sowie auf den Anteil des Sparvolumens, der als Sparkapital auf die eigene Institutsgruppe entfällt. Als Lösungsverfahren der sich aus diesen Betrachtungen ergebenden komplexen Entscheidungsprobleme bietet sich die Technik strategischer Simulation an.

6. Ausgehend von der Gewinnmaximierung als Zielfunktion, der Liquiditäts- sowie der Sicherheitsbedingung als Nebenbedingungen, wendet sich der Verfasser den Problemen der Erforschung des Absatzmarktes zu. Die Sicherheitsbedingung gibt die Grenze des Kreditengagements des Instituts an, die durch die Höhe des Eigenkapitals bestimmt ist. Nach Festlegung des gesamten Kreditengagements erfolgt die der Zinssätze in der Weise, daß unter Einhaltung der Nebenbedingungen die Kombination der unterschiedlich verzinsten Kredite den größtmöglichen Gesamterlös ergibt. Die Höhe des Zinssatzes wird im Einzelfall von der Verhandlungsmacht des Kunden sowie dessen Zinsempfindlichkeit abhängen. Die Verhandlungsmacht des Kunden wird durch dessen Bonität, die erwartete Gesamtleistungsabnahme sowie das Konkurrentenverhalten bestimmt.

W. Weber, Aktuelle Geldmarktprobleme, insbesondere in Österreich

Im Anschluß an eine Diskussion der Funktionen des nationalen Geldmarkts sowie seiner Beziehungen zu anderen Märkten (Kapitalmarkt, Kundenmarkt, Ausland) stellt Weber die Organisation des österreichischen Geldmarkts dar, dessen Situation „durch die geringe Zahl seiner Teilnehmer und den Mangel an geldmarktfähigen, kurzfristigen Titeln gekennzeichnet“ ist.

Eine Besonderheit des österreichischen Geldmarktes ist, wie Weber ausführt, der Liquiditätsausgleich zwischen Kreditinstituten im Wege des Zwischenbankverkehrs, wobei sogenannte „Zwischenbankeinlagen“ entstehen. Nicht alle Transaktionen zwischen den verschiedenen Gironetzen werden durch eine Notenbanktransaktion gedeckt. Da die Organisationen gegenseitig Konten unterhalten, bilden sich „Zwischenbankeinlagen“ in Gestalt von Sichteinlagen, die verzinst werden. Weber bemerkt, daß dieser Geldmarkt infolge persönlicher und sachlicher Präferenzen recht unvollkommen ist. Die Beschränktheit des Geldmarktes ist ferner eine Folge häufigen Prolongierens von Staatspapieren, wodurch das Vertrauen der Kreditinstitute in die vorhandenen Geldmarktpapiere geschwächt wurde. Es wird daher von der seit 1963 bestehenden Möglichkeit der Anlage überschüssiger Mittel im Ausland reger Gebrauch gemacht.

Die Verbesserungsvorschläge Webers enthalten die Forderung, den Kreis der Teilnehmer am österreichischen Geldmarkt um die großen Kapitalsammelstellen sowie öffentliche Haushalte zu erweitern. Zum Zweck eines besseren Liquiditätsausgleichs sowie einer erhöhten Markttransparenz hinsichtlich des Gesamtangebots bzw. -nachfrage sollte eine selbständige Clearingstelle geschaffen werden, ausgestattet mit dem Emissionsrecht kurzfristiger Schuldverschreibungen. Um den bisher erheblichen einseitigen Abfluß von Liquidität aus dem Bankensektor zu Steuerterminen zu verhindern, fordert Weber die Errichtung von Konten durch Steuerempfänger auch bei Geschäftsbanken. Es wird ferner das Erfordernis betont, staatlicherseits das Angebot geldmarktfähiger Titel zu erweitern, den Papieren sorgsamere Pflege angedeihen zu lassen sowie bessere Abgabetechniken anzuwenden. Schließlich spricht sich Weber für die Schaffung eines Privatdiskontmarkts aus.

E. Sixt, Der Einfluß der Hoheitsverwaltung auf das Kreditwesen

Die staatlichen Einflüsse auf das österreichische Kreditwesen gehen im wesentlichen vom Finanzministerium als Aufsichtsbehörde sowie von der Nationalbank aus. Die Grundlage für die Durchführung der Kontrollfunktionen durch die Aufsichtsorgane bildet das Kreditwesengesetz (KWG) in seiner Form von 1939. Abweichend von den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes wurde, wie Sixt ausführt, infolge der nach 1945 veränderten Verhältnisse die Anzeigepflicht der Kreditinstitute für Großkredite geregelt. Durch Übereinkunft mit den Verbänden der Geldinstitute und dem Kreditschutzverband von 1870 wurde dieser 1967 als Meldestelle für Großkredite (Zentralevidenzstelle) bestimmt. Es besteht Anzeigepflicht für Bar- und Haftungskredite über 3 Mio. Schillinge (0,46 Mio. DM) bzw. ein Wechseleinreicherobligo über 2 Mio. Schillinge (0,3 Mio. DM). Von der im § 36 des Kreditwesengesetzes festgelegten Möglichkeit, die Zinsspanne festzusetzen, hat das Finanzministerium nur in der Form Gebrauch gemacht, daß es, wie Sixt darlegt, eine verbindliche Regelung über die Höchstsätze für Einlagezinsen traf. Ausgenommen von dieser Regelung sind Geldmarktsätze im Zwischenbankverkehr. Einem Abkommen über die Festlegung von Sollzinsen sind der Sparkassenverband sowie beide Genossenschaftsverbände nicht beigetreten.

Die staatliche Einflußnahme richtet sich darüber hinaus auf einige Kreditinstitutsgruppen. Die drei großen Aktienbanken Österreichs wurden 1946 verstaatlicht. Neben der durch das Kreditwesen vorgeschriebenen Kontrolle besteht für die Sparkassen eine besondere Staatsaufsicht, die jeweils der Landeshauptmann ausübt.

Sixt betont, daß der Entscheidungsspielraum der Nationalbank insofern begrenzt ist, als „auf die Wirtschaftspolitik der Regierung Bedacht zu nehmen“ ist. Andererseits bestimmt das Notenbankgesetz, daß der Bund „selbst keine Maßnahmen treffen (darf), die geeignet sind, die Bank an der Erfüllung der ihr obliegenden Verpflichtungen zu hindern“, „wodurch Unsicherheit hinsichtlich der Kompetenz geschaffen wird“. Schließlich weist Sixt auf das regulierende staatliche Eingreifen auf den Wertpapiermärkten und an der Börse hin.

W. Neudörfer, Die Kreditkontrollen und ihre Problematik

Das Problem der Kreditkontrolle, insbesondere in Gestalt der Kreditplafondierung als notenbankpolitisches Instrument, hat in Deutschland in jüngerer Vergangenheit zu lebhaften Diskussionen geführt. Neudörfer berichtet in seinem Beitrag über Probleme und Erfahrungen mit Kreditkontrollmaßnahmen in Österreich. Hierbei weist er zunächst darauf hin, daß die gültigen Kontrollpraktiken auf Grund freiwilliger Vereinbarungen staatlicher Stellen mit dem Kreditsektor entstanden. Stand zunächst der Gläubigerschutz im Blickpunkt des Interesses, so wurde später der Kreditplafond geschaffen, um „die Umgehung der Kreditbeschränkung durch Inanspruchnahme der Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Notenbank (zu) verhindern“. Die Berechnung des Kreditplafonds erfolgt nach einem Prozentsatz des haftenden Eigenkapitals sowie der Verpflichtungen, was, wie Neudörfer betont, Anlaß zu Kontroversen zwischen Anhängern traditioneller und moderner Kredittheorie gab. Nach Einführung der Mindestreservepflicht und angesichts der Verpflichtung nach dem Kreditwesengesetz Liquidität

täten zu halten, sind die Zielsetzungen der in den Kreditkontrollabkommen enthaltenen Liquiditätsvorschriften nach Neudörfer nicht eindeutig zu erkennen.

Schließlich treffen die Bestimmungen der Kreditkontrollvereinbarungen nicht alle Kreditinstitute und nicht alle Kreditarten, wodurch Diskriminierungen wirksam werden. Trotzdem lehnt Neudörfer Kreditkontrollen merkwürdigerweise nicht ab, obwohl, wie er einräumt, bei sogenannter überhitzter Kreditnachfrage eine überdurchschnittliche Kreditausdehnung doch nicht verhindert werden konnte. Seine Begründungen für die Beibehaltung der Kreditkontrollen — das bisher regelmäßige Zustandekommen solcher Abkommen, „die Verfeinerung der statistischen Unterlagen“ sowie die Möglichkeit für die Kreditinstitute, „eine übergroße Kreditexpansion zu vermeiden“ — vermögen nicht recht zu überzeugen.

H. Klauhs, Der Wettbewerb der Kreditunternehmen

Die seit Jahren mit Spannung erwartete Enquête über die Wettbewerbssituation im deutschen Kreditwesen liegt nunmehr seit den letzten Wochen des vergangenen Jahres vor. Vor dem Hintergrund der deutschen Wettbewerbsprobleme gewinnt als Vergleich eine Untersuchung dieses komplexen Problemkreises aus österreichischer Sicht besonderes Interesse.

Klauhs stellt die Frage, ob ein allgemeines Wettbewerbskonzept, das alle positiven und negativen Elemente, insbesondere die Möglichkeit des Ausscheidens von Grenzunternehmen aus dem Markt einschließt, ein für das Kreditwesen brauchbares Konzept darstellt. Die besondere Wettbewerbssituation im Kreditwesen sei dadurch gegeben, daß einerseits Ordnung und Funktionsfähigkeit des Geld- und Kapitalmarktes, insbesondere der Gläubigerschutz, angesichts der zentralen Stellung des Kreditwesens in der Volkswirtschaft gewährleistet sein müssen, wodurch staatliche Eingriffe zwangsläufig eintreten. Andererseits wird die Forderung nach Entfaltungsmöglichkeiten freier Unternehmerinitiative erhoben. Diese von Klauhs als Antinomie gekennzeichnete Situation — worin ihm nicht unbedingt gefolgt werden kann — unterscheidet die Wettbewerbssituation im Kreditwesen von der in anderen Wirtschaftszweigen. Es schließt sich eine Darstellung der Wettbewerbsbeschränkungen durch den Staat an. Diese sieht der Verfasser als durch die Konzessionierung, die Staatsaufsicht, die Beschränkung des Geschäftsumfanges, staatliche Eingriffe in die Gestaltung der Geschäftsbedingungen sowie die geld- und währungspolitischen Maßnahmen der Notenbank gegeben an. Dem folgt eine Stellungnahme zum geltenden Wettbewerbsrecht in Österreich. Wettbewerbsverzerrungen treten nach Ansicht des Verfassers insbesondere durch Steuerbefreiungen und Steuerbegünstigungen gegenüber einzelnen Institutsgruppen auf. Geschäftliche Beschränkungen, das Problem der Mündsicherheit bestimmter Anlagen sowie des Zinsvoraus als Privilegien einzelner Institute werden als weitere wettbewerbsbeschränkende Faktoren genannt. Anhand statistischen Materials über die Einlagen- bzw. Kreditentwicklung im Zeitraum 1953—1966 zeigt Klauhs die Entwicklung der Marktstellung der verschiedenen Institutsgruppen auf. Den Wettbewerb im österreichischen Kreditwesen sieht der Verfasser im wesentlichen auf das Angebot neuer Leistungen auf dem Sektor der Nebenleistungen sowie in begrenztem Umfang auf die Zinsen beschränkt.

W. Sadleder, Die Sparkassen

In großen Zügen gibt der Verfasser eine sehr übersichtliche Darstellung der Gründungsgeschichte sowie der wichtigsten Entwicklungsphasen der österreichischen Sparkassenorganisation, unter Bezugnahme auf die wechselhafte wirtschafts- und gesellschaftshistorische Szene. Insbesondere durch die Darstellung der Entwicklungsparallelen des Spargedankens im europäischen Raum sowie der durch Aufnahme vielseitiger Anregungen gegenseitigen Befruchtung im Entwicklungsgang der Sparkassenorganisationen wird ein wertvoller Beitrag zu der sparkassenhistorischen Forschung geleistet. Anhand umfangreichen Materials gibt der Verfasser außerdem eine Darstellung der Geschäftslage sowie der strukturellen Gliederung der österreichischen Sparkassenorganisation und zeigt Vergleiche zu den Wettbewerbspartnern auf. Dem schließen sich die Darstellung des organisatorischen Aufbaus des Sparkassenwesens sowie Betrachtungen über Reformbestrebungen an.

Ulrich Schirmer